

Kanton Bern stimmt über Transitplatz ab

WILEROLTIGEN

In Wileroltigen soll ein Transitplatz für ausländische Fahrende entstehen. Am Sonntag stimmt die Bevölkerung im Kanton Bern darüber ab.

In Wileroltigen soll beim Autobahnrastplatz ein Transitplatz für ausländische Fahrende gebaut werden - meist Roma aus Frankreich oder Spanien. Insgesamt 36 Wohnwagen mit maximal 180 Personen sollen darauf Platz finden - gegen Bezahlung. Das Grundstück würde das Bundesamt für Strassen (Astra) dem Kanton Bern im Baurecht unentgeltlich zur Verfügung stellen, den Betrieb organisieren soll das Statthalteramt. Am Sonntag stimmt die Bevölkerung des Kantons Bern über den Objektkredit von 3,3 Millionen Franken ab. Das Kantonsparlament hiess den Transitplatz mit 113 zu 32 Stimmen bei vier Enthaltungen gut. Damit entschied der Grosse Rat gegen den erklärten Willen der 350-Seelen-Gemeinde Wileroltigen. Die Junge SVP hat darum gegen den Kredit das Referendum ergriffen. Es sei undemokratisch, einem kleinen Dorf ein solches Projekt aufzuzwingen, teilte sie mit. Damit gibt die Jungpartei der Gemeinde und einem rund zwölköpfigen Bürgerkomitee Schützenhilfe. Mit ihrer Ablehnung steht die SVP politisch allein auf weiter Flur - die anderen Parteien befürworten den Kreditantrag.

Transitplatz des Anstosses

Das Thema erhitzt in Wileroltigen bereits seit 2017 die Gemüter, obwohl der Rastplatz rund einen Kilometer vom Dorf entfernt liegt. Damals besetzten rund 500 ausländische Fahrende die Raststätte an der Autobahn nach Bern. Vergangenes Jahr bot sich ein ähnliches Bild. Armin Mürner präsidiert das Bürgerkomitee. Er zieht eine Mappe mit Fotos hervor. Fein säuberlich haben er und seine Mitstreiter die Gründe für ihren Unmut über den illegalen Halt festgehalten. Zu sehen sind Fäkalien am Strassenrand und auf einem Salatfeld, beschädigte oder verdreckte Sanitäreinrichtungen auf dem Rastplatz, Farbreste in einem Abwasserschacht - die Liste an Ärgernissen ist lang. «Die Fahrenden halten sich nicht an die hiesigen Regeln und Gesetze», begründet Mürner seine Ablehnung des Transitplatzes. Er fühlt sich von den zuständigen kantonalen Behörden im Stich gelassen. «Gegen Fahrende habe ich nichts», betont er. Die



Blick auf den Rastplatz Wileroltigen: Die Transitachse von Genf nach Ost ist bei ausländischen Fahrenden beliebt, viele kommen aus Frankreich.

Kritik von Gemeindepräsident Hinnerk Semke zielt in dieselbe Richtung. Seiner Meinung nach misst der Kanton Bern mit zweierlei Mass. So ahndeten beispielsweise die Behörden das Verrichten der Notdurft auf Feldern und Strassen bei ausländischen Fahrenden nicht. «Würden Einheimische dasselbe tun, würde das Bussen nach sich ziehen», hält er fest.

Für Simon Röthlisberger, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, sind diese Probleme symptomatisch für die bislang ungeregelte Situation. «Rückmeldungen der Polizei verschiedener Kantone zeigen: Ein offizieller Halteplatz führt zu einer Entspannung der Situation, nicht zu einer Verschärfung», so Röthlisberger auf Anfrage. Dies bestätigt auch die zuständige Regierungsrätin Evi Allemann.

Ideale Voraussetzungen

Der Kanton Bern möchte am Standort festhalten, da er an einer bei Fahrenden beliebten Transitachse liegt, der benachbarte Rastplatz erleichtert den Anschluss von Strom und Wasser. Für die SP-Grossrätin Marianne Dumermuth sind dies ideale Voraussetzungen. Die Zustimmung im Grossen Rat ist ihrer Meinung nach ein

Bekenntnis zur Realpolitik. Sie ist in der grossräumlichen Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) und hat sich mit dem geplanten Transitplatz eingehend befasst. Für den Widerstand von Wileroltigen hat sie Verständnis, kann die Argumente als ehemalige Gemeinderätin von Thun nachvollziehen. Ein solches Verhalten der Fahrenden würden alle stossend finden. Dennoch unterliege der Kanton Bern einem gewissen Zugzwang. «Das Bundesgericht hat schon 2003 entschieden, dass die Kantone den Fahrenden ermöglichen müssen, auf ihre Weise zu leben», so Evi Allemann. Der Kanton hat den Auftrag, Transitplätze auch für ausländische Fahrende zur Verfügung zu stellen. «Wir suchen seit Jahren nach einer gangbaren Lösung», so Marianne Dumermuth. Sie ist sich bewusst, dass es schwierig ist, wenn ein breites öffentliches Interesse und Einzelinteressen von Privaten oder Gemeinden aufeinanderprallen. «Ein solcher Konflikt lässt sich nicht einfach aus der Welt schaffen», räumt sie ein. «Es bleibt ein Dilemma.» Als Politikerin ist sie vom Volk beauftragt, eine Interessenabwägung zu machen. Im Fall von Wileroltigen siegt das Interesse von Minderheitenschutz

und Bundesauftrag. «Ich nehme so meine Verantwortung als Grossrätin und Politikerin wahr», so Dumermuth.

Die Gegner des Transitplatzes stossen sich zudem an den Kosten - neben den Baukosten solle bei den Betriebskosten ein jährlicher Aufwandüberschuss von 60000 Franken anfallen. Marianne Dumermuth beziffert diesen auf 20000 bis 60000 Franken. Sie sind ihrer Ansicht nach Teil der Staatsausgaben für das Gemeinwohl, in diesem Fall den Minderheitenschutz.

Anliegen von Wileroltigen finden Gehör

«Wir stehen im Austausch mit der Gemeinde Wileroltigen, kennen ihre Anliegen und werden diese wo möglich berücksichtigen», so Evi Allemann. So soll das Gelände des Transitplatzes eingezäunt werden und nur über die Autobahn zu erreichen sein. Ein Platzwart würde dauernd vor Ort sein und für Ordnung sorgen. Die Fahrenden müssten zudem ein Depot hinterlegen - damit könnten allfällige Folgekosten ihres Aufenthalts bezahlt werden. Der Kanton hofft laut Marianne Dumermuth zudem, mit dem Transitplatz die Zahl illegaler Besetzungen von Landwirtschaftsland oder

Rastplätzen verringern zu können. Für Hinnerk Semke ein Tropfen auf den heissen Stein. Aus seiner Sicht würde sich das Problem nur verlagern. «Die Fahrenden, die auf dem Transitplatz keinen Platz finden, werden wieder auf den benachbarten Rastplatz ausweichen.» Womit sich die Situation ähnlich gestalten würde wie in den vergangenen zwei Jahren.

Für Hinnerk Semke und Armin Mürner ist ein Transitplatz in Wileroltigen der falsche Lösungsansatz. Aus ihrer Sicht soll es für Landwirte attraktiv werden, auch ausländische Fahrende gegen Entgelt auf ihrem Land unterzubringen. Das würde allerdings bedingen, dass die Fahrenden sich an hiesige Gepflogenheiten anpassen und Regeln und Gesetze befolgen. «Grobes Fehlverhalten muss Sanktionen nach sich ziehen», betont Mürner. «Ausländische Fahrende, die sich über hiesige Gesetze hinwegsetzen, sollen künftig keine Arbeitsbewilligungen erhalten», fordert Semke. Damit wäre die Gegend für solche Personen nicht mehr attraktiv. Für Marianne Dumermuth ist eine solche Lösung zu langfristig. «Um den Anforderungen des Minderheitenschutzes zu genügen, braucht es rasch eine Lösung.» fko

Transitplätze für Fahrende sind Mangelware

WILEROLTIGEN

In der Schweiz fehlen Standplätze für einheimische und ausländische Fahrende. Die Kantone geraten wegen des Minderheitenschutzes unter Zugzwang.

«Nicht nur im Kanton Bern, sondern in der ganzen Schweiz sind Halteplätze für Jenische, Sinti und Roma Mangelware», führt Simon Röthlisberger, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, aus. Dabei hat das Bundesgericht bereits 2003 entschieden, dass Fahrende aus dem In- und Ausland in der Schweiz die Möglichkeit haben müssen, ihre traditionelle mobile Lebensweise zu pflegen. Dafür benötigen sie genügend Stand- und Durchgangsplätze. Die Verantwortung dafür tragen laut SP-Regierungsrätin Evi Allemann der Bund und die Kantone gemeinsam. «Das Bundesamt für Kultur koordiniert die kantonalen Arbeiten über eine Arbeitsgruppe», führt Evi Allemann auf Anfrage aus. Bern steht darum auch in Kontakt mit den Nachbarkantonen Freiburg, Waadt und Neuenburg. Der Kanton Freiburg hat in La Joux-des-Ponts bereits einen Transitplatz für ausländische Fah-



Der Transitplatz für ausländische Fahrende neben dem Areal des Rastplatzes Wileroltigen wäre der erste definitive im Kanton Bern.

rende umgesetzt. Für Schweizer Fahrende fehlen laut Simon Röthlisberger rund 40 zusätzliche Durchgangsplätze für kurze Aufenthalte im Sommer. Zudem benötigen sie rund 26 Standplätze für die Wintermonate. Für ausländische Fahrende, mehrheitlich Roma aus dem nahen Ausland, fehlen weitere zehn bis zwölf langfristig gesicherte grössere

Transitplätze. Da sie meist in grösseren Gruppen unterwegs sind als Schweizer Fahrende, ist ihr Platzbedarf höher. Weil die Fahrenden während ihres Aufenthalts arbeiten, benötigen sie auch eine gewisse Infrastruktur. Bislang gibt es insgesamt neun solche Transitplätze - erst zwei davon sind laut Evi Allemann raumplanerisch abgesichert. Das heisst:

Die übrigen sieben haben bislang keinen definitiven Charakter.

Im Kanton Bern gibt es derzeit keinen offiziellen Transitplatz für ausländische Fahrende. Ein entsprechendes Projekt in Meisberg lehnte das Kantonsparlament 2016 aus Kostengründen ab. Es waren dafür rund 9 Millionen Franken budgetiert. Stimmt die bernische Bevöl-

kerung am Sonntag dem Kreditbegehren über 3,3 Millionen Franken für den Transitplatz in Wileroltigen zu, wäre dieser der erste im Kanton. Auch die angrenzenden Freiburger Gemeinden wären vom Transitplatz betroffen. Für die weiteren Planungsarbeiten sei eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Freiburg vorgesehen.

Wird das Projekt abgelehnt, heisst es von vorn beginnen. «Es gibt im Kanton Bern schlicht keine andere Möglichkeit für einen Transitplatz», betont Evi Allemann. 4500 Grundstücke habe der Kanton vorab geprüft. Deshalb stünden in einem solchen Fall primär die Gemeinden in der Verantwortung, Halte von Fahrenden zu managen. «Die Gemeinden und die Landeigentümer sind oft sehr schnell mit der Betreuung von grossen Gruppen von Fahrenden überfordert», gibt Simon Röthlisberger zu bedenken. «Deshalb braucht es einen fixen Platz mit klaren Regeln.» Dem stimmt die Regierungsrätin zu. «Die Erfahrung hat gezeigt, dass mit Transitplätzen auch deutlich weniger Polizeieinsätze nötig sind.» Pro Saison habe die Polizei in Fällen ohne fixen Transitplatz rund 350 Mal ausrücken müssen. Das generierte jährliche Sicherheitskosten von 150000 bis 200000 Franken. fko